

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

## GENERALDIREKTION WISSENSCHAFT

Abteilung Internationale und konstitutionelle Angelegenheiten

---

IV/WIP/2002/02/0132-0133

PN/rf/bo/ir

Luxemburg, den 16. Juli 2002

### MITTEILUNG

#### ÜBER DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### MOLDAWIENS UND SEINE BEZIEHUNGEN

#### ZUR EUROPÄISCHEN UNION

*Dieses Papier wurde zur Information der Mitglieder des Europäischen Parlaments erarbeitet. Die in diesem Dokument vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt der offiziellen Haltung des Europäischen Parlaments.*

.

Quellen: *World Markets Country Analysis*  
*Economist Intelligence Unit (EIU)*  
*Oxford Analytica*  
*Reuters*  
*Agence Europe*  
*Eurostat*  
*Europäische Kommission*

## INHALTSVERZEICHNIS

Seite

**I. POLITISCHE LAGE .....3**

**II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE .....10**

**III. DIE BEZIEHUNGEN EU-MOLDAWIEN .....14**

**ANHANG**

\* \* \*

*Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Pedro Neves, Europäisches Parlament, GD IV, Luxemburg, Abteilung Internationale und konstitutionelle Angelegenheiten, Tel.: 4300-22548, Fax: 4300-27724, E-Mail: pneves@europarl.eu.int*

# I. POLITISCHE LAGE

## 1. Einführung

Die Republik Moldawien (oder: Moldau) ist ein osteuropäisches Land, das zwischen Rumänien im Westen und der Ukraine im Osten und Süden liegt. Die Fläche beträgt 33.670 km<sup>2</sup> (ebenso groß wie Belgien), die Einwohnerzahl 4,3 Millionen, wobei die Einwohner unterschiedlicher ethnischer Herkunft sind (64,5 % Rumänen, 14 % Ukrainer, 13 % Russen, 3,5 % Gagausen, 2 % Bulgaren). Ihre Hauptstadt ist Chisinau. Das Land liegt eingeschlossen zwischen seinen beiden großen Nachbarn, auch wenn das Schwarze Meer nicht weit entfernt ist<sup>1</sup>. Die geringen Höhenlagen des Staatsgebietes und die breite Öffnung in Richtung Osten sind Grund für das kontinentale Klima, was dazu führt, dass die beiden großen Grenzflüsse - Pruth im Westen und Dnjestr im Osten – im Frühjahr häufig Hochwasser führen, im Sommer hingegen sehr niedrige Pegel aufweisen.

## 2. Historische Entwicklung

Moldawien liegt in einem strategischen Gebiet, das Europa und Asien miteinander verbindet (es ist rumänischsprachig, in diesem Sinne also ein romanisches Land), und hatte in seiner Geschichte unter der Habsucht mehrerer Völker zu leiden, unter anderem der Ottomanen und der Russen. Das Fürstentum Moldau (dessen Fläche jene des heutigen Moldawien bei weitem überstieg) wurde 1359 von Bogdan I. gegründet, auf Kosten des Königreichs Ungarn. Kaum hatte sich das Fürstentum von der ungarischen Souveränität befreit, fiel es unter die Polens (15. Jahrhundert). Die Bedrohung durch die Ottomanen war seit Mitte des 15. Jahrhunderts präsent. 1538 übernahmen die Ottomanen die Kontrolle des südlichen Bessarabiens (Süden des heutigen Moldawiens), und die rumänischen Fürstentümer Moldawien und Walachei wurden zu Vasallen der Türken.

Der Rückzug des ottomanischen Reiches im 18. Jahrhundert bot Moldawien die Möglichkeit, etwas von seiner Autonomie zurückzuerlangen, auch wenn es Gebiete verlor. Österreich nahm 1768 die Bukowina ein (Norden Moldawiens), und 1812 übernahm Russland das südliche Bessarabien. Nachdem es von der türkischen Beherrschung befreit war, spürte Moldawien erheblich den Einfluss Russlands, das das Rumänische als Nationalsprache verbot.

Nach der Niederlage des Zarenreichs im Krimkrieg (1854-1855) forderte Moldawien gemeinsam mit dem Schwester-Fürstentum Walachei seine Autonomie und den Zusammenschluss beider Fürstentümer zu einem einzigen Staat. Diese Union wurde 1859 vollzogen, die Unabhängigkeit allerdings erst 1877 ausgerufen. Ab diesem Zeitpunkt vermischte sich die Geschichte Moldawiens mit der Rumäniens.

Der Niedergang der Reiche der Habsburger und der Romanow Ende des Ersten Weltkrieges bot Rumänien die Gelegenheit, rumänische Gebiete wiederzuerlangen, die im Besitz Österreich-Ungarns (Transsilvanien, Banat und Bukowina) und Russlands

---

<sup>1</sup> Siehe Anhang I, S. 16.

(Bessarabien) waren. Die UdSSR, die das Zarenreich ablöste, erkannte die Annexion Bessarabiens durch Rumänien nicht an und gründete 1924, am rechten Ufer des Dnjestr, die autonome Republik Moldau, die von der Ukraine abhängig war.

Da Rumänien die Achsenmächte unterstützt hatte, verlor es Bessarabien erneut, das 1944 wieder russisch wurde. Drei Jahre später wurde die „Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik“ gegründet. Sie umfasste das russischsprachige Transnistrien, verlor allerdings die Bukowina im Norden und die Steppen der Boujak im Süden, die nun zur Ukraine gehörten, wodurch Moldawien den direkten Zugang zum Schwarzen Meer verlor. Die rumänische Nation wurde also gespalten. Zwischen Sowjet-Russland und Rumänien, das in der Zwischenzeit kommunistisch geworden ist, endet der Streit zwischen Moskau und Bukarest, der durch die Annexion Moldawiens entstanden war, zumindest dem Anschein nach.

Die Jahre der „Perestroika“ begünstigten unbestreitbar die Entwicklung nationalistischer Gefühle. 1990 gelang es der Volksfront Moldawiens, die Buchstaben des lateinischen Alphabetes sowie das Rumänische als offizielle Sprache durchzusetzen. Auch wurde eine Souveränitätserklärung angenommen. Gestärkt durch ihren Erfolg schlug die Volksfront schlicht und einfach die Vereinigung mit Rumänien vor. Dieser folgenschwere Vorschlag bedrohte die Einheit der Republik, noch bevor sie am 27. August 1991, infolge des gegen Gorbatschow gerichteten „Putsches“ in Moskau, ihre Unabhängigkeit ausrufen konnte.

Angesichts der drohenden Spaltung der jungen Republik wählten die Moldawier am 8. Dezember 1991 Mircea Snegur in allgemeinen Wahlen mit 98 % der Stimmen zum Präsidenten. Er distanzierte sich schnell von den Anhängern der Union mit Rumänien und verfocht das Motto „eine Sprache, zwei Staaten“. So besiegelten die Parlamentswahlen 1994 die schmerzliche Niederlage der „Unionisten“, die nur 7,5 % der Stimmen erzielten, und andererseits den Sieg der Demokratischen Agrarpartei von Präsident Snegur (56 der 101 Sitze).

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 1. Dezember 1996 wurde Mircea Snegur von Parlamentspräsident Petru Lucinschi geschlagen, der von der Partei des Sozialen Fortschritts unterstützt wurde (Mitte-Links). In dem schwierigen politischen Umfeld waren die unternommenen Wirtschaftsreformen jedoch zu zögerlich, um einen schnellen Aufschwung auszulösen, und die Parlamentswahlen von März 1998 bestätigten die politische Unsicherheit des Landes. Zwar gewann die Kommunistische Partei, doch eine Mitte-Rechts-Koalition bildete die neue Regierung - eine Situation, die an die in der benachbarten Ukraine erinnert.

### 3. Innenpolitik

#### 3.1. **Jüngste Entwicklungen**

Das Fortbestehen der Blockadefaktoren in Moldawien, einem Land, das Opfer seiner geopolitischen Lage ist, begünstigte den Sieg der Kommunistischen Partei Moldawiens bei den Parlamentswahlen vom 25. Februar 2001. Die Kommunistische Partei kontrolliert nun

das Parlament mit 71 der 101 bestehenden Sitze. Am 4. April 2001 gewann Wladimir Woronin, Führer der Kommunistischen Partei, die Präsidentschaftswahlen. Damit ist er der erste Kommunist, der die Führung eines Staates der ehemaligen UdSSR übernimmt. Die Kommunistische Partei dominiert gegenwärtig das politische Leben in Moldawien.

Diese bisher einmalige Situation in einem Land der GUS führte bei den neuen Machthabern zu einigen Auswüchsen:

- die Christdemokratische Volkspartei (PPCD) wurde im Januar 2002 aufgelöst,<sup>2</sup>
- die Meinungsfreiheit ist nach Ansicht der Internationalen Liga für Menschenrechte (FIDH) bedroht,
- die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht werden ebenfalls angefochten.<sup>3</sup>

### 3.2. Migrationsdruck

Die großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft führten dazu, dass die Moldawier massiv für die Kommunistische Partei stimmten. Die von der Partei vertretene Rückkehr zu den Werten der Sowjetzeit hat die soziale, wirtschaftliche und politische Lage nur noch weiter verschlimmert.

Moldawien ist zum ärmsten Land Europas geworden und verdrängt damit Albanien von dieser Position. Mehr als 80 % der Bevölkerung Moldawiens leben von weniger als einem Dollar pro Tag. Das BIP pro Kopf beträgt 296 US-Dollar. 15 % der Bevölkerung sind arbeitslos. Die Moldawier sind also versucht zu emigrieren. Fast 800.000 scheinen zumeist illegal ihr Land verlassen zu haben, um in europäischen Ländern zu arbeiten. Beobachter sprechen im Übrigen davon, dass das Land nur noch mit dem Geld funktioniere, das diese nach Hause schicken.

Nach Auffassung von Beobachtern droht auf Dauer die Moldawien-Krise Rumänien zu destabilisieren und einen noch größeren Migrationsdruck auf westliche Länder auszuüben.<sup>4</sup> Nach über einem Jahr kommunistischer Herrschaft scheinen laut einer Umfrage vom Juni 2002 41 % der Bevölkerung der Führung nicht zuzutrauen, dass sie die Probleme des Landes löst, und sind der Meinung, dass die Regierung ihre Aufgaben nicht erfüllt.

### 3.3. Institutionelles System

#### *a) Verfassung*

Die Verfassung wurde am 28. Juli 1994 durch das Parlament verabschiedet und sieht ein Autonomiestatut für die separatistischen Regionen Gagausien und Transnistrien vor, das allerdings für Transnistrien noch konkret zu fassen ist.

---

<sup>2</sup> Vlad Cubreacov, Vizevorsitzender der PPCD, war im März 2002 verschwunden, wurde jedoch im Mai 2002 wieder gefunden. Der Europarat und das Europäische Parlament hatten eine Untersuchung zu seinem Verschwinden gefordert.

<sup>3</sup> Nach Aussage verschiedener NRO wurden seit den großen Demonstrationen gegen die Regierung im Januar und Februar 2002 zahlreiche Personen von der Polizei festgehalten und sogar gefoltert.

<sup>4</sup> Der Status Rumäniens als EU-Beitrittsland zieht immer mehr Moldawier an.

### *b) Parlament*

In dem Einkammersystem werden die Abgeordneten auf vier Jahre gewählt. Die Kommunistische Partei verfügt über die absolute Mehrheit in der Kammer<sup>5</sup>. Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen finden 2005 statt.

### *c) Präsident*

Der Präsident wird für eine Amtszeit von 4 Jahren gewählt. Nach den Verfassungsänderungen vom Juli 2000 wird er vom Parlament gewählt.

### *d) Regierung*

Der Premierminister wird vom Parlament ernannt. Das Kabinett wird vom Staatspräsidenten auf Empfehlung des Premierministers ernannt. Seit 1999 haben vier Premierminister einander abgelöst, was das Klima der Rezession und Instabilität verdeutlicht, das in Moldawien herrscht. Der neue Premierminister Vasile Tarlev wurde am 19. April 2001 ernannt. Zwar siegte die Kommunistische Partei, doch Tarlev gehört dieser nicht an. Staatspräsident Woronin schlug ihn vor, weil es sich um einen jungen unabhängigen Politiker handelt, der in der Lage ist, den Westen zu beruhigen.

## **3.2. Separatistische Regionen<sup>6</sup>**

### *a) Gagausien*

Auf dem kleinen Territorium (1.800 km<sup>2</sup>) lebt ein türkischsprachiges, orthodoxes Volk (200.000 Personen). Die Hauptstadt heißt Comrat. Aus Angst vor der Vereinigung Rumäniens und Moldawiens gründeten die Gagausen am 19. August 1990 eine sozialistische Sowjetrepublik Gagausien. Glücklicherweise konnte ein bewaffneter Konflikt verhindert werden. Die moldawische Verfassung von 1994 gewährt der autonomen Gebietseinheit namens „Gagaouze Yeri“ weit gehende kulturelle und politische Autonomie (drei offizielle Sprachen - Gagausisch, Russisch und Rumänisch -, einen lokalen Präsidenten vom Rang eines Ministers, eine regionale Parlamentsversammlung mit 35 Abgeordneten). Im Gegenzug erkennt Gagausien die moldawische Souveränität an. Gagausien hat sich allerdings das Recht der Selbstbestimmung vorbehalten für den Fall, dass Moldawien sich mit Rumänien vereinigen sollte.

### *b) Transnistrien*

Diese Region war früher ukrainisch, wurde dann aber durch Stalin der Sowjetrepublik Moldawien einverleibt, die ihrerseits auf Bukowina und Boujak verzichten musste, die Teil der Ukraine wurden. Transnistrien hat eine Fläche von 5.000 km<sup>2</sup> und eine Bevölkerung von 720.000 Einwohnern. Ukrainer (28 %) und Russen (25 %) aus Transnistrien gründeten aus Angst vor der „Rumänisierung“ 1990 ebenfalls ihre eigene „souveräne“ und pro-

---

<sup>5</sup> siehe Anhang III, S. 18.

<sup>6</sup> siehe Anhang II, S. 17.

sowjetische Republik<sup>7</sup>. Dass zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig die beiden separatistischen Republiken gegründet wurden, ist in erheblichem Maße auf den Einfluss Moskaus zurückzuführen, denn die sowjetischen (und dann russischen) Behörden sehen die Annäherung der beiden rumänischsprachigen Staaten sehr ungern. Dies um so mehr als einer der wichtigsten Militärstützpunkte (die XIV. Armee kontrolliert die Süd-West-Flanke der ehemaligen UdSSR gegen den Balkan) gerade in Tiraspol liegt, der Stadt, die sich die Separatisten Transnistriens als Hauptstadt ausgesucht haben. Im Übrigen konnten die Behörden von Tiraspol im Juni 1992 dank der Unterstützung dieser Armee unter dem Kommando von General Lebed dem Versuch der moldawischen Armee widerstehen, die Kontrolle über das Territorium zu übernehmen.

Am 8. April 1997 unterzeichneten der moldawische Präsident Petru Luchinschi und der Separatistenführer Transnistriens Igor Smirnow in Moskau ein Memorandum, das ihre Beziehungen „normalisieren“ sollte. Dieser Text, der die territoriale Integrität Moldawiens „innerhalb der Grenzen der ehemaligen Sowjetrepublik von Januar 1990“ bestätigt, ist der wichtigste Schritt, der in Richtung Beilegung des Konfliktes erzielt wurde, der 1991 und 1992 beinahe 700 Menschenleben kostete. Allerdings ist noch nicht alles geregelt; das Statut Transnistriens muss noch verhandelt werden. Wahrscheinlich wird Transnistrien innerhalb des „gemeinsamen moldawischen Staates“ eine breite Autonomie genießen.<sup>8</sup> Ein weiteres Problem betrifft die Zukunft der XIV. russischen Armee, die in Transnistrien stationiert ist und die Chisinau ebenso stört wie Kiew. Dieser ehemalige Vorposten der Roten Armee mit etwa 2.600 Mann hatte unter dem Oberbefehl von General Lebed 1992 die kriegführenden Parteien getrennt. Entgegen dem Wortlaut eines Abkommens, das Moskau und Chisinau 1995 unterzeichneten, wurde diese russische Einheit noch immer nicht abgezogen. Scheinbar will der Kreml sie sogar in einen militärischen Stützpunkt an der Grenze zum „nahen Ausland“ umwandeln.

Auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 verpflichtete sich Russland, 2001 die in Transnistrien stationierten Truppen abzuziehen und die Soldaten ein Jahr später zurück in ihre Heimat zu schicken. Die Existenz der russischsprachigen Republik Transnistrien (die über 40 % der Industrieproduktion der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien aufweist) stellt das schwierigste Problem dar, denn es betrifft nicht nur Chisinau und Tiraspol, sondern auch Bukarest, Kiew und vor allem Moskau.

#### 4. Außenpolitik

##### 4.1. **Beziehungen zu den internationalen Organisationen**

Moldawien ist Mitglied der GUS, der UNO, der OSZE, des Wirtschaftskooperationsgebietes am Schwarzen Meer, des Europarates und hat die NATO-Partnerschaft für den Frieden unterzeichnet. Es ist ferner Mitglied der französischsprachigen Gemeinschaft und gehört der seit 1997 bestehenden GUUAM-Gruppe an, die die ehemaligen Sowjetrepubliken vereint, die die größten Vorbehalte gegen

---

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Auf ihrer letzten Tagung vom 1. bis 3. Juli 2002 in Kiew regte die OSZE einen Plan zur Beilegung des Konflikts an, der die Schaffung einer moldawischen Föderation vorsieht.

Moskau haben, nämlich Georgien, die Ukraine, Usbekistan<sup>9</sup>, Aserbaidshan und Moldawien.

Innerhalb des Europarates befindet sich Moldawien gegenwärtig in einer schwierigen Position. Der Europarat droht damit, den Moldawien ab Mai 2003 zustehenden Vorsitz im Ministerrat zu entziehen, sollten die moldawischen Behörden nicht der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zum Status der Kirche Bessarabiens Folge leisten und weiterhin die Absicht haben, die moldawische Rundfunk- und Fernsehanstalt zu verstaatlichen.<sup>10</sup> Darüber hinaus müssen die moldawischen Behörden auf Verlangen des Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften neue Gesetze zur Lokalverwaltung erarbeiten. Der gegenwärtige (luxemburgische) Vorsitz hat Moldawien eine Frist bis zum 31. August 2002 gesetzt, um diesen Forderungen nachzukommen. Ferner werden sich am 11. und 12. September dieses Jahres Vertreter des Europarates nach Moldawien begeben, deren Bericht dann darüber entscheiden wird, ob Chisinau den oben genannten Vorsitz übernehmen kann.

## 4.2. Beziehungen zu den benachbarten Staaten

### *a) Russland*

Trotz der Tatsache, dass Moldawien nicht mehr Teil der sowjetischen Gemeinschaft ist, bekommt es weiterhin über die in Transnistrien stationierten russischen Truppen den Druck Moskaus zu spüren. Die moldawischen Behörden bezweifeln, dass Präsident Putin das Abkommen von Istanbul einhalten und seine Truppen aus Moldawien abziehen wird. Die Machtübernahme durch die moldawischen Kommunisten wird zweifelsohne Auswirkungen auf die russisch-moldawischen Beziehungen haben. Allerdings hat Präsident Woronin, der zwei Wochen nach seiner Wahl nach Moskau reiste, den Wunsch geäußert, die Beziehungen zu Russland durch einen eventuellen Beitritt zur Union Russland-Belarus oder zur eurasiatischen Gemeinschaft, einer Zollunion, die Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan verbindet, zu stärken. Dafür könnte sich Moldawien aus der GUUAM zurückziehen.

Laut Woronin kommt ein Beitritt Moldawiens zur Europäischen Union nicht in Betracht, solange nicht auch andere GUS-Staaten Mitglied sind. Ein Beitritt zur NATO ist ausgeschlossen, denn Moldawien ist von seiner Verfassung her ein neutraler Staat. Die russisch-moldawischen Beziehungen sind nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur: 60 % der moldawischen Exporte gehen nach Russland, das seinerseits Moldawien große Mengen an Gas liefert.

Am 19. November 2001 wurde der russisch-moldawische Freundschaftsvertrag ratifiziert. Der Vertragstext sieht unter anderem einen rechtlichen Sonderstatus für die russische

---

<sup>9</sup> Usbekistan möchte sich nicht am Projekt der Freihandelszone beteiligen, das von seinen Partnern auf dem Gipfeltreffen der GUUAM-Gruppe am 19. und 20. Juli 2002 in Jalta vorgestellt werden soll.

<sup>10</sup> Diese beiden Themen waren Gegenstand einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 24. April 2002.

Sprache vor. Nach den Demonstrationen der rumänischsprachigen Mehrheit verzichtete die Regierung am 22. Februar 2002 auf Russisch als Pflichtfach an den Schulen. Ebenso machte sie bei der geplanten Reform des Geschichtsunterrichts einen Rückzieher, der nach Meinung von Beobachtern eine „stalinistische“ Interpretation darstelle.

#### *b) Rumänien*

Nach 1918 fanden sich alle Regionen rumänischer Sprache in einem einzigen Land zusammen, nämlich Rumänien. Dieses „Wiederfinden“ dauerte nicht lange an. 1939 sah der Ribbentrop-Molotow-Pakt bereits die künftige Annexion Bessarabiens durch die UdSSR vor, die 1944 Realität wurde.

Am 2. Mai 2000 wurde nach siebenjährigen Verhandlungen ein Vertrag zwischen Rumänien und Moldawien unterzeichnet. Dieser Vertrag bildet die Grundlagen für eine „privilegierte“ Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Die Unverletzlichkeit der Grenzen wird im Grundsatz anerkannt. Mit dem Bekenntnis, seine problematischen Beziehungen zu Moldawien regeln zu wollen, möchte Rumänien seine Aufnahme in die Europäische Union erleichtern. Wie es im Vertrag heißt, besteht „eines der gemeinsamen strategischen Ziele darin, sich der gegenseitigen Unterstützung im europäischen Integrationsprozess zu versichern“. So gesehen würde sich Moldawien aus der Einflussphäre der GUS lösen.

Heute scheinen die beiden Schwesterrepubliken entgegengesetzte Richtungen einzuschlagen: Rumänien orientiert sich in Richtung Europäische Union, während Moldawien sich nach den letzten Wahlen in Richtung GUS wendet.

#### *c) Ukraine*

Die Beziehungen zwischen Moldawien und der Ukraine sind insgesamt positiv, und dies trotz der Gebietsstreitigkeiten, die aus der unheilvollen Entscheidung Stalins resultierten, das russischsprachige Transnistrien Moldawien einzugliedern und ihm die Nord-Bukowina und Boujak wegzunehmen, die dann ukrainisch wurden. Ein „Tausch“ dieser Regionen scheint heute unwahrscheinlich. Weiterhin haben Rumänien und die Ukraine am 2. Juni 1997 ein Abkommen unterzeichnet, das ihre aktuellen Grenzen garantiert. In diesem Kontext wird Moldawien, das eine 939 km lange Grenze mit der Ukraine hat, sehr wahrscheinlich diesen bestehenden *Status quo* akzeptieren.

## II. WIRTSCHAFTLICHE LAGE

### 1. Einführung

Die moldawische Wirtschaft verfügt kaum über eigene Rohstoffe; sie ist eher durch die Landwirtschaft geprägt, die 40 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Vor der Auflösung der Sowjetunion stand Moldawien unter den 15 ehemaligen Republiken als Agrarproduzent an sechster Stelle. Die Landwirtschaft auf nährstoffreichen Schwarzerdeböden beschäftigt gegenwärtig 35 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Sie ist vor allem auf die Märkte der ehemaligen UdSSR ausgerichtet und auf den Anbau von Getreide, Rüben, Sonnenblumen und Tabak spezialisiert. Den eigentlichen Reichtum bilden allerdings der Weinbau sowie der Obst- und Gemüseanbau: über 25 % der Weine und 30 % des Obstes der ehemaligen UdSSR kamen aus Moldawien. Diese extreme wirtschaftliche Spezialisierung, die isolierte geografische Lage des Landes, die Schwierigkeiten beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft, die Probleme, die mit der starken industriellen Verflechtung der Unternehmen zusammenhängen, die aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen sind, die Abhängigkeit Moldawiens im Energiebereich und die Auswirkungen der Russlandkrise stellen schwere Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar.

### 2. Historische Entwicklung

Wie die meisten der anderen GUS-Staaten hatte auch Moldawien schwer unter den Folgen des Zusammenbruchs der ehemaligen UdSSR zu leiden. Weil es in der Energie- und Rohstoffversorgung zu 100 % von seinen ehemaligen Partnern, und insbesondere Russland, abhing, musste Moldawien auf einen Teil der russischen Lieferungen und auch Kredite verzichten, ohne dass das Land jedoch in der Lage war, für sie Ersatz zu finden. Vom großen rumänischen Bruder, der selbst in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, kann es sich nicht viel erhoffen. Daher hat sich Moldawien an die großen internationalen Finanzorganisationen gewandt und diese wenden sämtliche drakonischen Bedingungen an, die man sich nur vorstellen kann.

Von 1993 bis 1997 kam es mit Unterstützung des IWF und aufgrund der Reformen, die die aufeinander folgenden Regierungen einleiteten, zu einer finanziellen Stabilisierung. 1993 wurde eine neue Währung in Umlauf gebracht, der Leu. Die Behörden führten eine sehr strikte Währungs- und Finanzpolitik ein, die eine regelmäßige Senkung der Inflation (11,2 % im Jahr 1997) und auch die Stabilität des Leu-Wechselkurses gewährleistete.

Die Reformen verbesserten die Effizienz der Unternehmen, ein Prozess, der allerdings seine Grenzen hat. Die Innen- und Außenverschuldung erreicht Rekordstände, und die Handelsbilanz verzeichnet ein wachsendes Strukturdefizit. Die Politik der Wirtschaftsliberalisierung hat auch negative Auswirkungen auf sozialer Ebene. Lohnrückstände treffen einen großen Teil der Staatsbeschäftigten und Verzögerungen bei den Rentenzahlungen sind an der Tagesordnung, was dazu führt, dass zahlreiche soziale Schichten verarmen.

Die russische Finanzkrise von 1998 hat die moldawische Wirtschaft, deren BIP um 8,6 % gesunken ist, erheblich destabilisiert. Weil Moldawien stark von seinen Handelspartnern der GUS abhängt, halbierten sich die Exporte, die Währung wurde um 50 % abgewertet, und die Außenverschuldung näherte sich 100 % des BIP.

Auch 1999 war die wirtschaftliche Lage weiterhin ernst. In den meisten Wirtschaftsbereichen war die Produktion rückläufig. Die internationalen Finanzinstitutionen übten Druck auf die Regierung aus, damit sie geeignete Maßnahmen ergreift. 1999 setzten die Weltbank und der IWF ihre Hilfsprogramme für das Land aus, da das Parlament die Privatisierung der Weinbau- und Tabakindustrie behinderte. So liegt die Auszahlung einer Tranche über 200 Millionen Dollar seit November 1999 auf Eis.

Viele Beobachter sehen in diesen Schwierigkeiten die Auswirkungen einer verfahrenen politischen Lage, die das Land daran hindert, auf dem Weg der unverzichtbaren Reformen voranzukommen. Folglich stellt sich ein Zustand der Insolvenz ein:

- Rückstände bei nicht ausgezahlten Löhnen und Gehältern,
- Unfähigkeit, die Stromlieferungen der russischen Firma Gazprom zu bezahlen,
- Unfähigkeit, die Außenverschuldung zu begleichen (über 1 Milliarde Dollar)

Die ersten Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung im Jahr 2000 waren nur von kurzer Dauer. Im Jahr 2001 geriet das Land erneut in die Krise, nachdem Chisinau seine Auslandsschulden nicht bezahlen konnte. 2002 muss Moldawien 277 Millionen Dollar bezahlen, was 20 % des BIP entspricht!

### 3. Wirtschaftliche Ziele der neuen Regierung

Laut *Economist Intelligence Unit* (EIU), entfernt sich die Regierung von einer „klassischen“ kommunistischen Politik und erkennt die Notwendigkeit eines dauerhaften Wirtschaftswachstums, größerer ausländischer Investitionen, einer Stabilität der Volkswirtschaft und einer Senkung der Armut und der Arbeitslosigkeit (7,3 %) an. Allerdings können die beabsichtigten Mittel - Preiskontrolle, Kontrolle der Schlüsselsektoren durch den Staat, Grenzen für die Privatisierung im Agrarsektor - für oben genannte Ziele nur eine Einschränkung bedeuten. Diese Vorhaben stellen also ein Risiko für Moldawien dar, weil sie den wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Finanzierung der Kredite durch die internationalen Organisationen gefährdeten.

Nachdem die Kommunistische Partei seit Jahren eine Politik der Behinderung von Initiativen der aufeinander folgenden Mitte-Rechts-Regierungen im Wirtschaftsbereich praktiziert hatte, sollte es, laut EIU, in ihrem Interesse liegen, eine pragmatische Position einzunehmen, um die wirtschaftliche Instabilität und die Erosion der sozialen Basis zu verhindern. Nach Ansicht der EIU ist die Ernennung eines unabhängigen Premierministers, dessen Kabinett sechs Minister der ehemaligen Regierung enthält, unter anderem den Finanz- und den Wirtschaftsminister, in diesem Sinne ein positives Zeichen.

#### 4. Wirtschaftliche Prognosen<sup>11</sup>

##### a) *Wirtschaftswachstum*

Nach den Auswirkungen der Russlandkrise im August 1998 war das Wirtschaftswachstum in Moldawien 1999 negativ (-3,4 %). Im Jahr 2000 zeichnete sich eine leichte Erholung ab (+1,9 %). Beobachter sagen für 2001 und 2002 ein Wachstum von 5 % bzw. 6 % voraus.

##### b) *Fiskalpolitik*

Die vorhergehende Regierung hat nicht ihr Ziel erreicht, das Haushaltsdefizit 2000 auf 1 % des BIP zu begrenzen, was weit entfernt von den 5,3 % im Jahr 1999 liegt. Doch der Wunsch der Kommunistischen Partei, ihre Wahlversprechen einzuhalten, könnte 2001/02 zu einem Haushaltsdefizit von ca. 2,5 % des BIP führen.

Der wegen der langsamen Reformen besorgte IWF hat außerdem einen Dreijahreskredit über 142 Millionen Dollar eingefroren.

##### c) *Inflation*

Laut EIU ist die Inflationsrate in Moldawien noch zweistellig: 31 % im Jahr 2000, 12,7 % im Jahr 2001 und wahrscheinlich 10 % im Jahr 2002 - und das trotz des Ziels der Regierung, für die nächsten zwei Jahre einen Durchschnittswert von 10 % zu erreichen.

##### d) *Wechselkurse*

Die bemerkenswerte Stabilität des Leu im Jahr 2000 zeichnete sich dadurch aus, dass sich die moldawische Währung gegenüber Euro, Dollar und Rubel halten konnte. Der Wechselkurs hat sich 2001 auf einen Wert um 13 Leu für 1 US-Dollar und 11 Leu für 1 Euro stabilisiert, der weit entfernt ist von der starken Abwertung infolge der russischen Finanzkrise 1998/99.

##### e) *Privatisierungen*

Im Wahlprogramm der Kommunistischen Partei sprach man sich gegen die von der Mitte-Rechts-Regierung eingeleitete Privatisierungspolitik aus und forderte die Aufrechterhaltung des staatlichen Monopols für die zwei wichtigsten Wirtschaftssektoren: Wein und Tabak. Allerdings wird die neue Regierung den Erlös aus den Privatisierungen benötigen, um ihre Ausgaben zu decken, wenn sie nicht auf Maßnahmen zurückgreifen will, die Inflation und somit allgemeine Unzufriedenheit nach sich ziehen würden.

##### f) *Außenhandel*

Russland und die Europäische Union, die wichtigsten Märkte für die moldawischen Exporte, konnten 2001 nur ein leichtes Wachstum verzeichnen. Die Erdölpreise dürften 2001/02 sinken, was dazu führen könnte, dass die Energiekosten Moldawiens ebenfalls

---

<sup>11</sup> siehe Anhang IV, S. 19.

zurückgehen. Dennoch sind die Möglichkeiten, das Handelsdefizit zu senken, beschränkt. Denn die Exporte hängen zu sehr vom Nahrungsmittelsektor ab, der 2000 nur ein Wachstum um 3 % verzeichnete, wohingegen die Importe im selben Jahr um 38 % stiegen.

Der Beitritt Moldawiens zur WTO im Mai 2001 wirkte sich positiv auf die Wirtschaft des Landes aus.

### **III. DIE BEZIEHUNGEN EU-MOLDAWIEN**

#### 1. Historischer Überblick

Die Implosion der Sowjetunion im Dezember 1991 führte dazu, dass die Beziehungen, die bis dahin mit der Europäischen Gemeinschaft entwickelt worden waren, von Grund auf neu definiert werden mussten. Diese sah sich mit einem Dutzend neuer unabhängiger Staaten konfrontiert, die in ihrer Größe, Struktur und in ihrem Entwicklungsstand unterschiedlich waren. Das 1989 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Sowjetunion abgeschlossene Handels- und Kooperationsabkommen wurde nach der Auflösung der UdSSR einzeln auf alle neuen unabhängigen Republiken angewandt.

Die Europäische Union war sich der Bedeutung dieser Länder für die Stabilität in Europa und in der Welt bewusst und beschloss, ihnen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen anzubieten. Diese Abkommen bleiben hinter den europäischen Assoziationsabkommen, die bereits mit zehn mitteleuropäischen Ländern abgeschlossen worden waren, zurück, denn sie enthalten keine Freihandelsklauseln und erwähnen keinen möglichen Beitritt zur Europäischen Union. Sie enthalten eine Aufhebungsklausel, ebenso wie im Übrigen seit 1992 alle neuen Abkommen, die die EU mit Drittstaaten abgeschlossen hat. Es handelt sich eher um „gemischte“ Abkommen, die Bereiche abdecken, die unter die Zuständigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten fallen. Sie enthalten ebenfalls eine Entwicklungsklausel, die vorsieht, dass diese Freihandelsabkommen in Betracht gezogen werden können, wenn die erforderlichen Bedingungen erfüllt sind.

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Moldawien wurde am 28. November 1994 unterzeichnet und ist am 1. Juli 1998 in Kraft getreten.<sup>12</sup>

#### 2. Inhalt des Partnerschaftsabkommens EU/Moldawien

Dieses Abkommen schafft den erforderlichen Rahmen, der es ermöglicht, die Beziehungen mit der EU, die auf demokratischen Werten, einschließlich des politischen Dialogs und der Achtung des Rechtsstaates basieren, weiter auszubauen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt her fördert das Abkommen die Marktwirtschaft. Es stellt die Grundlage einer engen Partnerschaft dar, errichtet einen neuen institutionellen Rahmen und öffnet neue Kooperationsmöglichkeiten in einer ganzen Reihe von Bereichen.

So umfasst das Abkommen die folgenden Elemente:

- Errichtung eines politischen Dialogs mit regelmäßigen Treffen auf höchster Ebene;
- Bestimmungen bezüglich Warenhandel, Beschäftigung, Errichtung und Tätigkeit von Unternehmen, grenzüberschreitende Bereitstellung von Dienstleistungen, Zahlungen und Kapital, Wettbewerb, Schutz des geistigen, industriellen und kommerziellen Eigentums, Zusammenarbeit im rechtlichen und wirtschaftlichen Bereich, Wahrung von Demokratie und Menschenrechten, Zusammenarbeit im Bereich der Vorbeugung illegaler Tätigkeiten, kulturelle und finanzielle Zusammenarbeit;

---

<sup>12</sup> ABl. L 181 vom 24.06.1998, S. 3.

- Konditionalitätsklausel „Menschenrechte“, die im Falle der Verletzung der wesentlichen Vertragselemente, wie Achtung der demokratischen Prinzipien, der Menschenrechte und der Prinzipien der Marktwirtschaft, eine Aussetzung des Vertrages - auch einseitig - ermöglicht;
- Schaffung einer institutionellen Struktur, die einen Kooperationsrat, ein Kooperationskomitee und einen parlamentarischen Kooperationsausschuss umfasst.

### 3. Finanzielle Unterstützung

Die Europäische Gemeinschaft beschloss am 13. Dezember 1993, eine Finanzhilfe in Höhe von 45 Mio. Ecu zu liefern, die dazu bestimmt sein sollte, die volkswirtschaftlichen Umstrukturierungsbemühungen Moldawiens zu unterstützen. Auch wurde den moldawischen Behörden eine zusätzliche makro-finanzielle Unterstützung in Höhe von 15 Mio. Euro für einen Zeitraum von maximal 10 Jahren zur Verfügung gestellt, um der Handelsbilanz des Landes eine Überlebenschance zu geben. Außerdem erhielt Moldawien für den Zeitraum 1991-1999 weitere Beihilfen in Höhe von 70 Mio. Euro im Rahmen von Projekten des Programms TACIS.

Unter Berücksichtigung der extremen Armut des Landes hat die Kommission am 27. Dezember 2001 das Strategiepapier für Moldawien verabschiedet, das den Rahmen für die Beihilfen an Chisinau für den Zeitraum von 2002 bis 2006 festlegt. In diesem Zusammenhang hatte die EU bereits 1999 über ECHO humanitäre Maßnahmen durchgeführt (4 Mio. Euro). Ebenfalls wurde kürzlich ein Programm zur Lebensmittelsicherheit aufgelegt (Budget: 5,5 Mio. Euro).

### 4. Handelsbeziehungen EU-Moldawien<sup>13</sup>

Die EU ist ein wichtiger Handelspartner Moldawiens. Im Jahr 2001 beliefen sich die moldawischen Ausfuhren in die EU auf nahezu 232 Millionen Euro und die Einfuhren aus der EU auf etwa 376 Millionen Euro. Moldawien exportiert hauptsächlich Agrar- und Textilerzeugnisse in die Union; die Importe aus der EU bestehen aus Maschinen, Elektro- und Agrarprodukten.

### 5. Institutionelle Beziehungen

#### *a) Rat*

Die schwedische Präsidentschaft gab am 2. März 2001 im Namen der Europäischen Union eine Erklärung zu den Parlamentswahlen ab, die in Moldawien am 25. Februar 2001 stattfanden. In dieser Erklärung zeigte sie sich erfreut über den Ablauf der freien und regulären Wahlen, äußerte den Wunsch, die Beziehungen EU/Moldawien durch die Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auszubauen, ermutigte die neue Regierung, schnell eine Lösung für den Konflikt in Transnistrien zu finden, und begrüßte den bevorstehenden Beitritt Moldawiens zur WTO und zum Stabilitätspakt.

---

<sup>13</sup> Siehe Anhänge V-VII, S. 21-23.

Nach der vierten Zusammenkunft des Kooperationsrates Europäische Union–Moldawien am 16 April 2002, bekräftigte der derzeitige Ratspräsident der EU, dass diese den politischen Dialog fortsetzen und dem Land helfen wolle, seine politische, wirtschaftliche und soziale Krise zu überwinden. Moldawien müsse jedoch ein „vollständig demokratischer Staat werden [...], damit die Zusammenarbeit so intensiv wird, wie wir uns dies wünschen“.

#### *b) Europäischer Rat*

Der Europäische Rat schlug auf seinem Treffen in Göteborg am 15. und 16. Juni 2001 vor: „Mit dem Ziel, die Partnerschaft der Union mit der Ukraine und Moldawien auszubauen, sind diese Länder eingeladen, künftig an der europäischen Konferenz teilzunehmen“.

#### *c) Europäisches Parlament*

Das EP hat stets die Bemühungen der moldawischen Behörden auf dem Weg der Demokratisierung<sup>14</sup>, der Achtung der Menschenrechte und der Schaffung einer Marktwirtschaft unterstützt. Zu Moldawien wurden mehrere Entschlüsse angenommen. In der letzten dieser Entschlüsse, die am 14. März 2002 angenommen wurde, fordert das Europäische Parlament die Regierung und das Parlament Moldawiens auf, jegliche Entscheidung zu unterlassen, die das politische und soziale Gleichgewicht des Landes gefährden könnte. Es appelliert an die Regierung, sich an die grundlegenden demokratischen Regeln und Verfahren zu halten, die Einhaltung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zu garantieren und nicht seine politische Mehrheit zu missbrauchen, um eine demokratische Opposition aufzulösen. Es äußert erneut an seine Besorgnis über den andauernden Konflikt zwischen der Regierung und der Christdemokratischen Volkspartei Moldawiens. Das Parlament ruft ebenfalls die Regierungen Rumäniens und Russlands auf, nicht in die heikle innenpolitische Lage Moldawiens einzugreifen, sondern gemeinsam mit der Europäischen Union ihren Beitrag zu einer stabilen und friedlichen Entwicklung aller Länder der Region zu leisten. Es fordert den Rat und die Union auf, den Umfang des Programms TACIS auszuweiten und im Rahmen des OSZE-Mandats einen aktiven Beitrag zur Lösung des Konflikts um Transnistrien zu leisten. Diese Forderung wurde während des Besuchs der Interparlamentarischen Delegation EU-Moldawien in Chisinau im Juni 2002 bekräftigt. Bei dieser Gelegenheit erinnerte das Europäische Parlament auch daran, dass es die moldawischen Behörden bei ihren Anstrengungen hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Reformen für eine nachhaltige Entwicklung und die Festigung der Demokratie unterstützt.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Das EP ist erfreut darüber, dass Oppositionsführer Vlad Cubreacov im Mai 2002 wieder zurückgekehrt ist.

<sup>15</sup> Die Delegation äußerte insbesondere den Wunsch, dass die Einhaltung demokratischer Regeln in Moldawien gewährleistet wird.

# ANHANG I



## ANHANG II



## MOLDOVA - 2001 PARLIAMENTARY ELECTION

	% of no. of parliamentary	
	Vote	Seats
Communist Party of Moldova (CPM)	50.07	71
Christian Democratic People's Party (CDPP)	8.24	11
Braghis Alliance	13.36	19
Party for Revival and Harmony	5.79	0
Democratic Party	5.02	0
National Liberal Party	2.81	0
Social Democratic Party of Moldova	2.47	0
National Peasants Christian Democratic Party	1.74	0
Electoral bloc "Plai Natal"	1.58	0
"For Order and Justice"	1.46	0
Party for Democratic Forces	1.22	0
Other	6.24	-

Source: International Foundation for Election Systems (IFES)

## MOLDOVA - ECONOMIC DATA

	1997	1998	1999	2000	2001 e	2002 f
<b>Domestic Data</b>						
- GDP Growth %	1.6	-6.5	-3.4	1.9	5	6
- Inflation %	11.8	7.7	39.3	31.3	12.7	10
- Budget Balance % GDP	-6.4	-10.6	-5.3	-2.8	-3	-2.8
- Leading Interest Rate %	33.3	30.8	40	35	35	30
- Unemployment Rate %	..	..	..	20	..	..
- GDP \$bn	2.2	1.9	1.3	1.4	1.6	1.7
- GDP Per Capita \$	595.6	525.4	297.7	323.9	369.2	409.2
- Interest Rate Spread, basis points	550	5800	1900	1600	900	850
<b>External Data</b>						
- Exchange Rate to \$	4.66	8.32	11.59	12.8	14	15.5
- Exports \$m	889.6	643.6	469.3	620	700	820
- Export Growth %, y-on-y	8.1	-27.7	-27.1	32.1	12.9	17.1
- Imports \$m	-1237.6	-1031.7	-597.3	-650	-720	-800
- Import Growth %, y-on-y	14.3	-16.6	-42.1	8.8	10.8	11.1
- Trade Balance \$m	-348	-388.1	-128	-30	-20	20
- Current Account Balance \$m	-274	-323	-34	-110	-81	-68
- Current Account % GDP	-12.5	-16.7	-2.6	-7.7	-5	-4
- Reserves \$m	366	143.6	185.7	200	210	225
- Reserve Import Cover - Months	3.5	1.7	3.7	3.7	3.5	3.4
- Foreign Direct Investment \$m	71	88	149	100	50	45
- Foreign Direct Investment % GDP	3.2	4.6	11.4	7	3.1	2.6
- Total External Debt \$m	1055.8	1021	943.3	1100	1150	1200
- Short Term Debt US\$m	254	205	200	200	210	230
- Total Debt % GDP	48.2	52.9	71.9	77	70.6	70.6
- Total Debt Service Ratio %	10.3	20.7	24.9	40	38	30

Source: World Markets Country Analysis

**Trade relations EU-Moldava: 2000**

Structural analyses

EU-imports (cif)

	1000 €	- % -	<u>Main products (SITC division):</u>	SITC 3rd rev.	1000 €	% of total	Intra-industry trade intensity (I)
<b>Total</b>	194.414	100,0	ARTICLES OF APPAREL AND CLOTHING ACCESSORIES	84	68.877	35,4	172,5
<b>of which:</b>			TEXTILE YARN, FABRICS, MADE-UP ARTICLES, N.E.S., + RELATED H	65	22.425	11,5	55,8
A: Raw materials	52.205	26,9	VEGETABLES AND FRUIT	05	17.429	9,0	177,1
Food, beverages and tobacco (0+1)	19.622	10,1	IRON AND STEEL	67	16.538	8,5	164,6
Raw materials (2+4)	32.576	16,8	METALLIFEROUS ORES AND METAL SCRAP	28	13.332	6,9	199,5
Energy (3)	7	0,0	OIL SEEDS AND OLEAGINOUS FRUITS	22	10.033	5,2	198,5
B: Manufactured articles	135.572	69,7	FOOTWEAR	85	9.594	4,9	153,7
Chemicals (5)	680	0,3	HIDES, SKINS AND FURSKINS, RAW	21	8.289	4,3	200,0
Machinery and transport eq. (7)	4.033	2,1	TRAVEL GOODS, HANDBAGS AND SIMILAR CONTAINERS	83	6.743	3,5	187,3
Other manufactured products (6+8)	130.859	67,3	PREFABR. BUILD.; SAN. PLUMB., HEAT. + LIGHT. FIXTURES + FIT.,N	81	1.674	0,9	81,9

EU-exports (fob)

	1000 €	- % -	<u>Main products (SITC division):</u>	SITC 3rd rev.	1000 €	% of total	Intra-industry trade intensity (I)
<b>Total</b>	336.379	100,0	TEXTILE YARN, FABRICS, MADE-UP ARTICLES, N.E.S., + RELATED H	65	57.970	17,2	55,8
<b>of which:</b>			TOBACCO AND TOBACCO MANUFACTURES	12	23.110	6,9	0,1
A: Raw materials	68.837	20,5	TELECOMMUNIC. + SOUND RECORDING + REPROD. APPARATUS + I	76	20.770	6,2	2,7
Food, beverages and tobacco (0+1)	50.489	15,0	ROAD VEHICLES (INCLUDING AIR-CUSHION VEHICLES)	78	15.416	4,6	9,3
Raw materials (2+4)	16.945	5,0	MACHINERY SPECIALIZED FOR PARTICULAR INDUSTRIES	72	14.419	4,3	7,3
Energy (3)	1.403	0,4	MEAT AND MEAT PREPARATIONS	01	13.570	4,0	0,4
B: Manufactured articles	254.129	75,5	ELECTR. MACH., APP. + APPLIANCES, N.E.S. + ELECTR. PARTS THER	77	12.734	3,8	9,7
Chemicals (5)	27.931	8,3	NON-METALLIC MINERAL MANUFACTURES, N.E.S.	66	12.207	3,6	19,6
Machinery and transport eq. (7)	95.516	28,4	COMPLETE INDUSTRIAL PLANT APPROPRIATE TO SECTION 7	70	11.288	3,4	0,0
Other manufactured products (6+8)	130.681	38,8	GENERAL-INDUSTR. MACH. + EQUIPMENT, N.E.S., MACHINE PARTS	74	11.033	3,3	4,0

Source: COMEXT 2 database, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament

(1) The index can vary between 0 and 200: 0 means only exports, 200 only imports and 100 means balance in trade

**Index:  $\frac{((x+m)-(x-m))}{(x+m)} * 100$**

### Trade of the EU with Moldova by Member States

#### EU-imports (cif)

	2000		3rd quarter		
	1000 €	- % -	2000	2001	% change
<b>Total</b>	194.414	100,0	145.330	165.072	13,6
<i>of which:</i>					
France	8.867	4,6	6.124	6.807	11,2
Netherlands	10.369	5,3	8.261	6.310	-23,6
Germany	65.684	33,8	49.863	55.834	12,0
Italy	59.342	30,5	42.506	54.646	28,6
United Kingdom	7.119	3,7	4.639	4.744	2,3
Ireland	0	0,0	0	63	
Denmark	110	0,1	78	133	71,6
Greece*	3.046	1,6	2.411	1.711	-29,0
Portugal	4.841	2,5	3.703	402	-89,1
Spain	17.496	9,0	13.830	20.521	48,4
Belgium	3.042	1,6	1.824	4.038	121,4
Luxembourg	198	0,1	56	6	-89,6
Sweden	486	0,3	280	430	53,8
Finland	280	0,1	279	26	-90,6
Austria	13.535	7,0	11.477	9.401	-18,1

#### EU-exports (fob)

<b>Total</b>	336.379	100,0	233.681	258.993	10,8
<i>of which:</i>					
France	23.909	7,1	15.336	21.969	43,3
Netherlands	26.349	7,8	18.836	22.020	16,9
Germany	149.223	44,4	102.786	104.768	1,9
Italy	64.590	19,2	44.473	58.917	32,5
United Kingdom	8.254	2,5	5.718	12.080	111,3
Ireland	978	0,3	914	577	-36,9
Denmark	1.686	0,5	1.183	1.979	67,4
Greece*	15.289	4,5	13.473	3.361	-75,1
Portugal	2.196	0,7	1.188	2.226	87,4
Spain	6.401	1,9	3.916	3.920	0,1
Belgium	10.737	3,2	6.642	10.437	57,1
Luxembourg	4.271	1,3	2.402	917	-61,8
Sweden	9.008	2,7	8.517	957	-88,8
Finland	2.011	0,6	1.331	3.435	158,0
Austria	11.480	3,4	6.966	11.430	64,1

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament

**Trade of the EU with Moldova: 1995-2001**

	<i>1000 ECU/€</i>		
	EU-imports (cif)	EU-exports (fob)	Balance
1995	91.236	142.116	50.880
1996	86.783	210.887	124.104
1997	98.523	277.325	178.802
1998	115.256	285.955	170.699
1999	141.825	255.597	113.772
2000	194.414	336.379	141.965
2001*	225.012	372.394	147.382
<b>Jan-Sept: 2000</b>	145.330	233.681	88.351
<b>Jan-Sept: 2001</b>	165.072	258.993	93.921

Source: COMEXT database, EUROSTAT

Production: JDa/Parliamentary Documentation Centre/European Parliament

\* including estimation for Greece ( October-December) and Luxembourg (December)

